

AfD I Deals im Morgenland

Militärgeschäfte in der arabischen Golfregion bringen den neuen AfD-Bundestagsabgeordneten Rüdiger Lucassen in Erklärungsnot. Seine Firma, die Bonner pro-ades GmbH, war laut einer Präsentation des Unternehmens an der „computergestützten Ausbildung“ der Landstreitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate beteiligt. Außerdem war der frühere Bundeswehr-oberst Lucassen seit 2014 in einem Joint Venture mit Salem Al Matroushi, einem Geschäftsmann aus Abu Dhabi, aktiv. Das Unternehmen Tas-

leeh Consultancy est. sollte deutschen Rüstungsbetrieben und Sicherheitsfirmen Tore in die „Golfregion inklusive Nordafrika“ öffnen und warb mit „interkultureller Kompetenz“, wie das Fachblatt „Wehrtechnik“ seinerzeit berichtete. Nach eigenen Angaben hat Lucassen 34 Jahre lang in der Bundeswehr gedient – als Hubschrauberpilot, Referent im Bundesverteidigungsministerium und „Chairman von Rüstungsprojekten der Nato“. Aus der Truppe schied er 2006 aus; im selben Jahr wurde die pro-ades GmbH gegründet, die offiziell Lucassens Frau gehört. Seit 2014 firmiert der neue AfD-Bundestagsabgeordnete



Lucassen, Matroushi 2014

aus Bad Münstereifel in Nordrhein-Westfalen als Geschäftsführer des Unternehmens. Auf Anfrage bestätigte Lucassen sein Engagement in dem deutsch-arabischen Joint Venture, das jedoch „leider ohne Geschäftserfolg“ geblieben sei. Details zu seinen Partnern bei der Ausbildung arabischer Soldaten wollte er unter Berufung auf „vertragliche Auflagen“ nicht nennen. Widersprüche zwischen der islamkritischen Haltung seiner Partei und seinen Privatgeschäften will der AfD-Politiker nicht erkennen. Nach der SPIEGEL-Anfrage erklärte er am Donnerstag, die „Auflösung der pro-ades GmbH“ sei „eingeleitet“. srö, was

AfD II Datenräuberin Petry?

Wenige Tage vor der Bundestagswahl hat sich die damalige AfD-Bundeschefin Frauke Petry offenbar einen großen Datensatz aus der Mitgliederkartei der Partei verschafft. In einer Mail an Petry, die die AfD inzwischen verlassen hat, wirft der Datenschutzbeauftragte der Partei ihr vor, sie habe am Abend des 15. September mehr als 116 000 Kontaktdatenätze kopiert und große Mengen exportiert. Dies sei rechtswidrig; Petry

müsse die Daten umgehend löschen. Die AfD-Führung fürchtet, dass Petry eine neue Partei gründen und die Daten nutzen will, um Parteigänger abzuwerben. Petry bestätigte dem Datenschutzbeauftragten, sie habe sich einen Zugang zur Datenbank geben lassen, aber nur nachdem „mein persönlicher Zugang ohne Information offenbar Wochen vorher massiv und ohne Begründung eingeschränkt“ worden sei. Sie habe sich nur „über den aktuellen Mitgliederbestand informiert“ – und die Daten anschließend gelöscht. ama

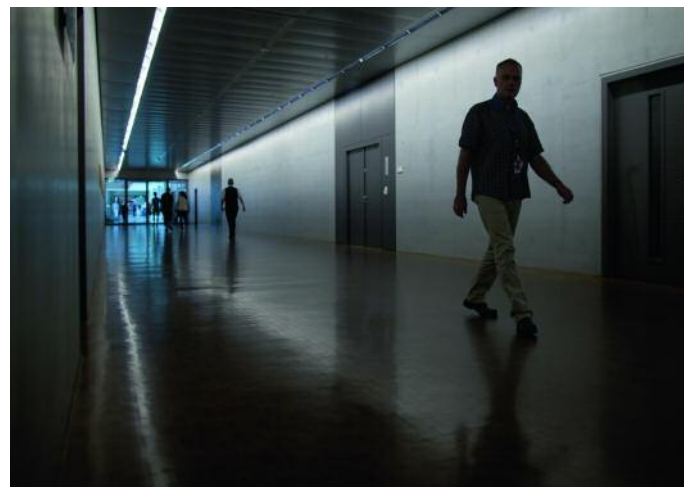
Münchner Amoklauf Rechtsextreme Motive

Der Attentäter vom Olympia-Einkaufszentrum in München, David Sonboly, setzte offenbar große Hoffnungen in die AfD. In einer Videoaufnahme, die ihn beim Schießtraining im Keller seines Elternhauses zeigt, spricht er davon, dass die AfD die ihm verhassten Deutschtürken „ausschalten“ werde. Das Üben mit der späteren Tatwaffe hatte Sonboly im Mai 2016 gefilmt. Trotz der vielen Hinweise

auf die politische Motivation Sonbolys wurden die neun Toten und fünf Verletzten nicht als Opfer rechtsextremer Gewalt anerkannt. Drei Wissenschaftler, die von der Fachstelle für Demokratie der Stadt München beauftragt wurden, kamen in ihren drei am Freitag vorgestellten Gutachten dagegen alle zum Schluss, dass die politische Motivation stärker berücksichtigt werden müsse. Es sei „kein Amoklauf“, schreibt sogar einer der Gutachter, sondern die Tat eines Terroristen mit „rechtsextremistischer Motivation“. mba, kno

Berlin-Attentat BND außen vor

Das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) des Bundestags will die Zusammenarbeit von Polizei und Bundesnachrichtendienst (BND) prüfen. Der Fall des Berliner Attentäters Anis Amri habe gezeigt, dass der BND zu wenig und zu spät in die Ermittlungen einbezogen worden sei, heißt es aus Sicherheitskreisen. Ideen für eine effektivere Zusammenarbeit soll eines der vier Referate des ständigen Bevollmächtigten des PKGr, Arne Schlattmann,



Mitarbeiter vor Saal des Parlamentarischen Kontrollgremiums

vorlegen. Das PKGr überwacht die Arbeit von BND, Verfassungsschutz und Militärischem Abschirmdienst. Schlattmanns Stelle hat der Bundestag erst im vergangenen Dezember geschaffen, nachdem die Untersuchungsausschüsse zum US-Auslandsgeheimdienst NSA sowie zum rechtsextremen NSU-Terror Defizite in der Kontrolle der Geheimdienste aufgedeckt hatten. Schlattmann kann jedoch noch nicht mit voller Kraft arbeiten: Von den 20 geplanten Mitarbeiterstellen sind erst 12 besetzt. kno